



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

7. Sitzung (öffentlich)

22. November 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**
(siehe Anlage)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Erläuterungsband Einzelplan 11
Vorlage 17/260

– Einführung in den Einzelplan 11 –

An die Einführung in den Einzelplan 11 durch Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) schließt sich eine erste Aussprache an.

2 Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1046

Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 10. Januar 2018 um 13:30 Uhr eine Anhörung zu den Art. 10 bis 14 des Gesetzentwurfs Drucksache 17/1046 durchzuführen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, sich an der Anhörung am 18. Dezember 2017 zu den Art. 1 bis 6 des Gesetzentwurfs Drucksache 17/1046 nachrichtlich zu beteiligen.

3 Entsenderichtlinie reformieren – Beim Aufbau einer sozialeren Europäischen Union helfen 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1122

Der Ausschuss fasst den Vorratsbeschluss, sich an einer eventuellen Anhörung des Ausschusses für Europa und Internationales zum Antrag Drucksache 17/1122 nachrichtlich zu beteiligen.

4 Zukunftskonzept Schulsozialarbeit erarbeiten 15

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1121

Der Ausschuss verständigt sich darauf, sich an der Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung zum Antrag Drucksache 17/1121 nachrichtlich zu beteiligen.

5 Mehr Vielfalt in klassischen Frauen- und Männerberufen fördern – Zukunftstage Girls' Day und Boys' Day ausbauen 16

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1116

Der Ausschuss nimmt den Antrag Drucksache 17/1116 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD an.

6 Situation der ärztlichen Versorgung in Nordrhein-Westfalen – Hausarztaktionsprogramm (HAP) 17

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/107
Vorlage 17/281

Der Ausschuss nimmt den ergänzenden Bericht Vorlage 17/281 entgegen und führt eine generelle Diskussion über diese Thematik.

7 Situation der Beschäftigten und der Patientinnen und Patienten am Universitätsklinikum Düsseldorf und zweier Tochtergesellschaften 22

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/302

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 17/302 entgegen.

8 Absichten der Landesregierung zum Masterplan „altersgerechte Quartiere“ 23

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/216

Vertreter der Landesregierung beantworten Nachfragen der Abgeordneten.

9	Verschiedenes	27
	a) Terminverschiebung	27
	Die bisher für den 17. Januar 2018 vorgesehene Sitzung des Ausschusses wird stattdessen am 31. Januar 2018 stattfinden.	
	b) Anhörung am 31. Januar 2018 um 13:30 Uhr	27
	c) Anhörung am 21. Februar 2018 um 13:30 Uhr	27

* * *

2 Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1046

Vorsitzende Heike Gebhard fasst den bisherigen Beratungsverlauf zusammen. Das Plenum habe diesen Gesetzentwurf am 16. November 2017 nach Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend – überwiesen. Neben dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales seien weitere sechs Ausschüsse mitberatend.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung habe in seiner außerordentlichen Sitzung am 17. November 2017 beschlossen, am 18. Dezember 2017 eine Anhörung zu den Art. 1 bis 6 dieses Gesetzentwurfs durchzuführen. Daran könnten sich die mitberatenden Ausschüsse entweder pflichtig oder nachrichtlich beteiligen.

Dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sei das Einvernehmen zur Durchführung einer eigenen Sachverständigenanhörung zu den Art. 10 bis 14 erteilt worden. In einer Obleuterunde habe man sich bereits darauf verständigt, dass diese Anhörung am 10. Januar 2018 um 13:30 Uhr stattfinden solle. Eine Absprache über die einzuladenden Sachverständigen werde kurzfristig in einer weiteren Obleuterunde erfolgen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 10. Januar 2018 um 13:30 Uhr eine Anhörung zu den Art. 10 bis 14 des Gesetzentwurfs Drucksache 17/1046 durchzuführen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, sich an der Anhörung am 18. Dezember 2017 zu den Art. 1 bis 6 des Gesetzentwurfs Drucksache 17/1046 nachrichtlich zu beteiligen.

